



Nachlese Das WZB im Dialog: Medien, Podien und Begegnungen

Gabriele Kammerer, Claudia Roth und Paul Stoop

Im WZB tut sich viel: öffentlich durch Publikationen, Vorträge und Diskussionen, auf wissenschaftlichen Fachkonferenzen und in Workshops, durch persönlichen Austausch. WZB-Forscherinnen und -Forscher bringen auf vielfältige Weise ihre Expertise ein. Wir lassen einige Begegnungen, Stellungnahmen und Reaktionen darauf Revue passieren.

Expertise für Berlin

Der 2013 vom WZB ausgezeichnete Ökonom **Paul Collier** wird in nächster Zeit öfter in Berlin sein. Der A.SK-Preisträger und Afrika-Experte wurde von der Bundesregierung für deren G20-Präsidentschaft vom 1. Dezember 2016 an als Berater engagiert. Collier soll helfen, die internationalen Bemühungen um Investitionen in den afrikanischen Ländern zu stärken. Die Federführung des Projekts liegt beim Bundesfinanzministerium, Collier wird eng mit Wolfgang Schäubles Chefökonom Ludger Schuknecht zusammenarbeiten. Im Sommer 2017 sollen erste Ergebnisse auf einer großen Konferenz in Berlin präsentiert werden. In einem Interview mit der *ZEIT* schlägt Collier vor, privates Sparkapital für Afrika zu mobilisieren, um damit die Modernisierung der Infrastruktur zu finanzieren (13. Oktober 2016). In Europa werfe angelegtes Geld derzeit kaum Zinsen ab. „Wenn mit diesen Geldern die Modernisierung der Infrastruktur in Afrika finanziert würde, dann würden sich damit ansehnliche Renditen erzielen lassen“, sagt Collier. Das Konzept der Mikrokredite überzeugt ihn nicht. Afrika brauche starkes ökonomisches Wachstum. „Das bekommen wir nicht hin, wenn wir die Leute mit Kleinkrediten fördern, damit sie am Straßenrand Körbe flechten.“

Der gute Mensch im Spiegel

Ein eigentümliches Phänomen in der Teeküche: Der letzte Keks bleibt lange liegen. Gut erzogen, schrecken offensichtlich die meisten Kollegen davor zurück, ihn zu nehmen. Das Verrückte daran: Die Hemmung bleibt selbst dann bestehen, wenn niemand zuschaut. Diese Alltagsbeobachtung könnte eine Erklärung in einer wissenschaftlichen Studie finden, die WZB-Ökonomin **Maja Adena** im *Business Review Blog* der London School of Economics vorstellt. „Menschen wollen gut über sich selbst denken“, stellt Adena fest. Das Selbstbild sei ebenso wichtig wie das Image, das wir in einer Gruppe haben. Das Experiment von Adena und ihrem Koautor, WZB-Direktor **Steffen Huck**, war in

der Opernwelt angesiedelt. Auf der Ticket-Website eines Opernhauses wurde um eine Spende für ein Projekt gebeten, das benachteiligten Kindern Besuche von Vorstellungen ermöglicht. Zwei Settings wurden getestet: Einmal war es möglich, ein Ticket zu kaufen und die Spendenbitte schlicht zu ignorieren. Im anderen Fall musste die Spendenbitte durch das Anklicken von „Ich habe schon gespendet“ oder „Nein, danke“ abgewehrt werden. Das schlagende Ergebnis: Jene, die sich nicht vor sich selbst als Nicht-Spender outen mussten, gaben sechs- bis siebenmal weniger als die, die einen Button drücken mussten.

Vorlese

Schwerpunktthema des März-Hefts 2017 der *WZB-Mitteilungen* ist die digitale Welt.

Koffer in Kreuzberg

Ehemalige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des WZB leben in aller Welt – hängen aber meist doch noch sehr an Berlin. Und bleiben neugierig. Ein Grüppchen Ehemaliger machte sich an einem Novembernachmittag auf, um Kreuzberg zu erkunden. Eingeladen hatte **Christoph Albrecht**, der nach 25 Jahren Arbeit als Forschungsmanager nun einer der WZB-Alumni-Sprecher ist. Er wohnt seit über 40 Jahren in dem Kiez, der als SO 36 bekannt war. Im Laufe der Jahrzehnte hat er mehrere erfolgreiche Anwohner-Initiativen mitgegründet. Vom ehemaligen Grenzübergang Prinzenstraße ging es entlang der Route der verschwundenen Ost-West-Grenze zur Markthalle Neun. Themen waren Mauerorde, mancherlei Skurrilitäten der Teilungszeit und die Veränderungen, denen die mauerbedingten Sackgassen-Straßen seit 1989 unterworfen sind. „Neugestaltung“ war auch das Thema in der Markthalle Neun, in der seit fünf Jahren junge Eigentümer Wege finden, eine heruntergekommene 125 Jahre alte Markthalle mit kleinteiligem Einzelhandel wiederzubeleben. Nächstes Jahr wird der Wandel wieder neue Einblicke bieten, zum Beispiel beim großen Alumni-Treffen im Mai 2017.

Ohne Netz – Forschung auf der Bühne

Kein Powerpoint, kein Handzettel und noch nicht mal einen Stehtisch. So schutzlos schickt der *ARD-Bildungskanal alpha* Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auf die Bühne. In der

Reihe „campus talks“ präsentieren Einzelne ihre Wissenschaft – anschaulich, frei und in genau 13 Minuten. Dieser Herausforderung hat sich WZB-Forscherin **Patricia Wratil** gestellt. Im Grünen Salon der Berliner Volksbühne erläuterte sie im September Design und Ergebnisse der Vermächtnisstudie, für die das WZB mit der Wochenzeitung *DIE ZEIT* und dem infas Institut für angewandte Sozialwissenschaften kooperiert. In über 3.000 Interviews wurde eine repräsentative Auswahl von Deutschen danach gefragt, was ihnen heute wichtig ist, was sie nachfolgenden Generationen gerne weitergeben würden und wie sie die kommenden Entwicklungen einschätzen. Wer wissen möchte, warum die Soziologin Hoffnung für die politische Zukunft Deutschlands hat, der stöbere in der Mediathek des *Bayerischen Rundfunks*.

Privatschulen: ein Befund

Schon mal was vom Sonderungsverbot gehört? Artikel 7 Absatz 4 Satz 3 Grundgesetz? Gemeint ist jenes Verbot, das es privaten Schulen untersagt, ihre Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern auszuwählen. Anders formuliert: Privatschulen müssen für alle Kinder offen sein. Sie dürfen die soziale Spaltung nicht fördern. So wollten es die Väter und Mütter des Grundgesetzes, übrigens in Fortschreibung der Weimarer Reichsverfassung. Doch das Sonderungsverbot sei heute „eine der meist vergessenen Vorschriften im Grundgesetz“, erklärte WZB-Forscher **Michael Wrase** am 22. November im *Deutschlandfunk*.

Wrase, Professor für Öffentliches Recht, muss es wissen. Gemeinsam mit seinem Kollegen, dem Bildungssoziologen **Marcel Helbig**, hat er untersucht, wie es um die Einhaltung des Sonderungsverbots steht. Die Idee zur Studie entstand aus einer anderen Forschungsarbeit. Helbig hatte Strukturdaten Berliner Schulen gesichtet und war erstaunt, wie hoch der Anteil lernmittelbefreiter Kinder an den staatlichen Schulen ist, im Vergleich zu den Privatschulen. Wie ist das möglich? Der Bildungssoziologe und der Rechtswissenschaftler gingen der Sache auf den Grund. Sie werteten Gerichtsurteile und Verwaltungsvorschriften aus, fragten bundesweit in den zuständigen Landesministerien nach. Mitte November veröffentlichten sie in der *Neuen Zeitschrift für Verwaltungsrecht* ihre Studie („Das missachtete Verfassungsverbot“) – eine Schelte für Politik und Verwaltungspraxis. Kein Bundesland gewährleistet die Einhaltung des Sonderungsverbots. Die Mehrheit setzt das Verbot nicht in Landesgesetzen um. Verordnungen und Verwaltungsvorschriften sind mangelhaft, gerade bei der Gestaltung des Schulgelds. Manch ein Bundesland hält es gar für unnötig, eine Höchstgrenze für das Schulgeld zu benennen. Kontrolliert wird die Aufnahmepraxis der Privatschulen nirgendwo. Die Folge: Eine soziale Durchmischung findet nicht statt.

Privatschulen: ein Streit

Selten wurde ein Stück WZB-Forschung so rasch aufgenommen (wir berichten über die Zeitspanne von zehn Tagen) und so breit diskutiert. Den Auftakt machte die *Süddeutsche Zeitung* mit ihrem Bericht im politischen Teil („Zerrbild der Gesellschaft“, 18. November). Zeitgleich veröffentlichte das WZB seine Pressemitteilung („Genehmigung von Privatschulen: Bundesländer missachten Grundgesetz“). Nach einem ruhigen Wochenende reagierten auch andere Journalisten. Dann ging alles schnell. Der Berliner *Tagesspiegel* („Bei Privatschulen ist soziale Selektion

Programm“) und die *Berliner Zeitung* („Privatschulen verletzen möglicherweise Grundgesetz“) berichteten, der *Deutschlandfunk* sendete („Elite-Internate dürfte es in Deutschland eigentlich nicht geben“), der *rbb*, der *WDR*, *NDR*. Jeder Tag bringt derzeit neue Interviewanfragen an die beiden Forscher.

Privatschulen meldeten sich zu Wort, verteidigten sich gegen den Vorwurf der sozialen Abschottung. Wer die Studie in Auftrag gegeben habe, wurden wir gefragt. Antwort: niemand (das WZB ist unabhängig). Der Verband der Privatschulen kritisierte, Privatschulen würden vom Staat finanziell zu wenig gefördert. Würden sie eine ausreichende staatliche Finanzierung erhalten, könnten sie auf die Erhebung von Schulgeld verzichten, erklärte deren Vorsitzender Klaus Vogt. Kurz vor Redaktionsschluss dieser WZB-Mitteilungen lud der Verband die Forscher zu einem persönlichen Austausch noch im Dezember ein. (Die Autoren haben angenommen, klar.) Die Rektoren drei bekannter Jesuitenschulen bezogen ebenfalls Stellung. Der Besuch ihrer Einrichtungen scheitere nicht am Schulgeld, betonten sie. Überzogen dagegen ihr Vorwurf, die Studie rufe vom hohen Ross der Wissenschaft „nach mehr Staatsdirigismus (...), der einschüchtert und absäbelt, was aus dem grauen Einerlei herausragt, weil es Eltern und Träger gibt, die bereit sind, sich zu engagieren und dafür zu zahlen, was Schule eben kostet, wenn man sie nicht kaputtspart“.

Auch die Politik reagierte. Abgeordnete baten um Zusendung der Studie. Treffen mit den Autoren wurden vereinbart. Die Berliner Senatsverwaltung kündigte nach Berichten in der Presse die Überprüfung von Schulverträgen an. Eltern schrieben uns oder riefen an. Eltern, die ihre Kinder auf Privatschulen schicken. Viele hat die Studie nachdenklich gemacht, andere sind empört über die „ideologiegetriebene“ Studie. Was aus den unzähligen Kommentaren, auch in den sozialen Netzwerken, deutlich wird: Eltern schicken ihre Kinder nicht in erster Linie an Privatschulen, um diese sozial abzuschotten. Ihnen fehlt das Vertrauen in das staatliche Schulsystem. Sie beklagen Unterrichtsausfall, überlastete Lehrer, marode Schulgebäude. Privatschulen füllen also eine beklagenswerte Lücke. Es ist das Spiel von Nachfrage und Angebot.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Die Autoren der Studie wollen weder Privatschulen abschaffen noch Eltern für ihre Entscheidung brandmarken. Schon gar nicht rufen sie zum „Sturm auf Salem & Co“ auf, wie der Bildungsjournalist und selbst ernannter PISA-Versteher Christian Füller in seinem Blog behauptete. Das Recht zur Errichtung privater Schulen ist im Grundgesetz festgeschrieben. Aber die Autoren haben den Finger in eine Wunde gelegt: Wie viel Ungleichheit wollen wir? Hat die Pflicht zur sozialen Gleichbehandlung, die 1949 ins Grundgesetz geschrieben wurde, auch heute noch Bedeutung?

Michael Wrase und Marcel Helbig haben ein Stück Grundlagenforschung präsentiert, das die Menschen berührt. Was kann Sozialforschung Besseres passieren?